Jürgen Osterhammel

# Das Britische Empire im 20. Jahrhundert

Kurseinheit 3: "The Contraction of England": Die Dekolonisation des Empire nach 1945

Fakultät für Kultur- und Sozialwissen-schaften





## Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abbildungen	4
Verzeichnis der Tabellen	4
Chronologie der Dekolonisation des Britischen Empire nach 1945	5
1. Dekolonisation als Problem historischer Erklärung	7
1.1. Fragestellungen	7
1.2. Erklärungsmuster	12
2. Rekapitulation: Der Zweite Weltkrieg	16
3. Die Labour-Regierung und	
die Nachkriegskrise des Empire (1945-1951)	19
3.1. Ökonomie und Empire	19
3.2. Unabhängigkeit und Teilung Indiens	22
3.3. Ceylon, Burma, Malaya	28
3.4. Informal Empire im Vorderen Orient	33
4. Die Endphase der britischen Weltmachtrolle (1951-1957)	42
4.1. Afrika	42
4.2. Die Suez-Krise 1956	48
5. Die Unabhängigkeit Britisch-Afrikas: Zwei Fälle	53
5.1. Goldküste / Ghana (1957)	53
5.2. Kenya (1963)	58
6. Letzte Rückzüge	63
6.1. Rhodesien / Zimbabwe (1964-1980)	63
6.2. "East of Suez" (1957-1971)	65

# Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 3.1.:	Der Plan der Cabinet Mission (1946) zur Erhaltung eines ungeteilten, aber religiös differenzierten Indien	26
Abb. 3.2.:	Britisch-Malaya am Vorabend der japanischen Invasion	31
Abb. 3.3.:	Verluste während des malayischen Ausnahmezustandes	32
Abb. 3.4.:	Die britische Präsenz im Nahen und Mittleren Osten am Ende des Zweiten Weltkriegs	34
Abb. 3.5.:	Der UN-Teilungsplan für Palästina (1947)	36
Abb. 3.6.:	Palästina nach den Waffenstillstandsvereinbarungen zwischen Israel und den arabischen Staaten (1949)	37
Abb. 3.7.:	Die britische Suezkanalzone im Jahre 1951	40
Abb. 4.1.:	Die Suezkrise 1956: Militärischer Verlauf	49
Abb. 5.1.:	Die Goldküste (Ghana) Anfang der 1950er Jahre	56
Abb. 5.2.:	Britisch-Ostafrika 1960	59
Verzeichnis der Tabellen		
Tab. 4.1.:	Wachstum des Bruttosozialprodukts in den wichtigsten Industrieländern im Jahresdurchschnitt, 1870-1970	46
Tab. 6.1.:	Die Bedeutung des Commonwealth im britischen Außenhandel, 1950-1970	67

# Chronologie der Dekolonisation des Britischen Empire nach 1945

1945	Wiederinbesitznahme von Burma, Malaya, Singapore und Hong- kong
1946	Jordanien unabhängig
1947	Indien und Pakistan unabhängig
1948	Burma und Ceylon (Sri Lanka) unabhängig Britischer Rückzug aus Palästina Unruhen in der Goldküste (Ghana) Beginn des Guerillakriegs in Malaya (Malayan Emergency)
1949	Sterling-Krise und Abwertung des Pfundes
1950	Ausbruch des Koreakrieges
1951	Krise um die iranische Ölpolitik unter Mossadeq ANZUS-Pakt: Australien und Neuseeland schließen unter Um- gehung Großbritanniens ein Verteidigungsbündnis mit den USA
1952	Beginn des Mau-Mau-Aufstandes in Kenya
1953	Gründung der von Weißen dominierten Rhodesian (Central African) Federation
1954	Beginn der Zypern-Krise Beginn des algerischen Freiheitskampfes gegen Frankreich
1956	Unabhängigkeit des Sudan Suez-Krise
1957	Ghana und Malaya unabhängig
1958	Sturz des englandfreundlichen Regimes von König Feisal im Irak
1959	Ausnahmezustand in Zentralafrika
1960	Nigeria und Zypern unabhängig Harold Macmillans "Wind of Change"-Rede in Kapstadt Beginn der Krise im belgischen Kongo
1961	Großbritanniens erster Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) Sierra Leone, Tanganjika (Tansania) und Kuwait unabhängig
1962	Uganda, Jamaika und Trinidad unabhängig Ende des Algerienkrieges

1963	Kenya unabhängig Singapore unabhängig als Teil von Malaysia (mit Malaya) Auflösung der Rhodesischen Föderation abermaliges Scheitern britischer Beitrittsversuche zur EWG
1964	Malawi, Nordrhodesien (Sambia) und Malta unabhängig Labour-Regierung unter Harold Wilson (bis 1970)
1965	einseitige Unabhängigkeitserklärung der weißen Regierung Süd- rhodesiens Singapore scheidet als selbständiger Staat aus Malaysia aus
1966	Guyana, Lesotho, Botswana und Barbados unabhängig
1967	Intensivierung des Guerillakrieges in Aden und britischer Rückzug aus Aden (Süd-Jemen) Sterling-Krise
1968	Ankündigung des Rückzugs "East of Suez" Mauritius und Swaziland unabhängig
1970	Konservative Regierung unter Edward Heath Fiji unabhängig
1971	Rückzug "East of Suez" abgeschlossen
1972	einstweiliges Scheitern einer Verhandlungslösung für Rhodesien
1973	Großbritannien tritt der EG bei Bahamas unabhängig
1974	Labour-Regierungen unter Harold Wilson (bis 1976) und James Callaghan (1976-79)
1979	Konservative Regierung unter Margaret Thatcher
1980	Unabhängigkeit Rhodesiens unter schwarzer Mehrheitsherrschaft
1982	britisch-argentinischer Konflikt um die Falkland-Inseln
1984	Chinesisch-britische Vereinbarung über die Rückgabe Hongkongs an China im Jahre 1997

# 1. Dekolonisation als Problem historischer Erklärung

#### 1.1. Fragestellungen

In Kapitel 4 von Kurseinheit 5 des Einführungskurses "Die europäische Expansion und die Transformation der überseeischen Welt" habe ich bereits ganz kurz einige Probleme bei der Interpretation der Auflösung der europäischen Kolonialreiche angesprochen. Ich hatte eine "check list" von Kriterien aufgestellt, die an spezifische Fälle von Dekolonisation herangetragen werden können. Und ich hatte zwei grundsätzliche, polar entgegengesetzte, sozusagen "philosophische" Positionen unterschieden: Die eine will jeden Fall von Dekolonisation für sich sehen und aus den jeweils besonderen Umständen erklären, die andere nimmt allgemeine historische Tendenzen an, die sich von Region zu Region unterschiedlich ausprägen.

Im Eingangskapitel der vorliegenden Kurseinheit sollen diese Überlegungen vertieft werden. Warum beginne ich mit ein wenig Theorie, wo doch das Allgemeine eher in einer Zusammenfassung am Ende der Darstellung seinen Platzz haben müßte? Die Antwort ist in der Art der Diskussion zu suchen, die über das Phänomen der Dekolonisation geführt wird. Die Frage nach den Ursachen für das relativ rasche Verschwinden der europäischen Kolonialreiche von der Weltkarte ist eine klassische Warum-Frage, die zu kausalanalytischen Überlegungen geradezu einlädt. Jede Imperialismustheorie kann, ja, muß sich an ihr bewähren. Es trifft sich günstig, daß das Britische Empire in besonderem Maße Thema solcher Betrachtungen geworden ist. Ich kann mithin im Folgenden eine Diskussion resümieren, die seit Jahrzehnten unter britischen Historikern geführt wird. Diese Diskussion ist nicht entschieden. Sie bleibt weiter offen, und keine Richtung kann behaupten, sich durchgesetzt zu haben. Ich präsentiere daher die wichtigsten Positionen, ohne mich eindeutig auf eine "richtige" Deutung festzulegen.

Doch um welche Frage geht es überhaupt?

Hier herrscht keineswegs Einigkeit unter den Experten. In den 1960er und 1970er Jahren standen die meisten Beobachter unter dem Eindruck des für sie unerwartet raschen Endes des Empire. Entsprechend wurde gefragt: Wie konnte es zu diesem geschwinden Zusammenbruch einer so altehrwürdigen Erscheinung wie des britischen Weltreichs kommen? Vor einigen Jahren hat aber der englische, heute in den USA an der Yale University lehrende Historiker Paul M. Kennedy sozusagen den Spieß herumgedreht und in einem Vortrag gefragt: "Why did the British Empire last so long?" Kennedy geht dabei von der üblichen Problemstellung aus, die in Buchtiteln zum Ausdruck kommt wie "The Fall of the British Empire" (C. Cross, 1968), "The Collapse of British Power" (C. Barnett, 1972), "Imperial Sunset" (M. Beloff, 1969), "Who Killed the British Empire?" (G. Woodcock, 1974), "The Troubled Giant" (F. S. Northedge, 1966), "Retreat from Power" (D. Dilks, 1981). Er entdeckt in solchen Büchern die Grundannahme, es gebe eine unaufhaltsame, fatale geschichtliche Entwicklung des britischen Niedergangs im 20. Jahrhundert, die sich vor allem im Verlust des Empire manifestiere. Das Erstaunliche und Erklärungsbedürftige, so Paul M. Kennedy, sei freilich nicht das rasche Ende des Empire, sondern seine Zählebigkeit. Wenn es ein solch chaotisches, dezentrales, nicht rational durchregiertes, militärisch verwundbares, kulturell nur schwach integriertes Gebilde war, wie es die meisten Historiker porträtieren, wie konnte es dann den

\_

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Kennedy (1983b).

Ersten Weltkrieg ziemlich intakt überleben und sich sogar den destabilisierenden Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs noch eine ganze Weile entziehen?

#### Paul M. Kennedy findet eine Reihe von Antworten:

- (1) Im Mutterland selbst gab es niemals eine starke Stimmung und politisch artikulierte Forderung, sich vom Empire zu trennen, keine öffentlichen Kampagnen von der Art derjenigen, die in den frühen 1970er Jahren die Regierung der USA zum Rückzug aus Vietnam zwangen. Vielmehr hielt sich über einen langen Zeitraum und quer zu den parteipolitischen Richtungen ein Stolz auf das Empire. Realistischer oder zynischer ausgedrückt: Die britische Öffentlichkeit war sich der Tatsache wohl bewußt, daß sie ihr Wohlergehen zu einem beträchtlichen (und weiter wachsenden) Teil dem Empire verdankte.
- (2) Zumindest im "dependent Empire", also in den asiatischen, afrikanischen und westindischen "farbigen" Kolonien, verfügte das Empire bis (fast) zuletzt über hinreichende militärische und polizeiliche Ressourcen, um Erhebungen der Kolonisierten zu unterdrücken. Die Einführung des kolonialen "air policing" nach dem Ersten Weltkrieg verstärkte noch diese Möglichkeiten.
- (3) Im Britischen Empire-Konzept steckte ein evolutionärer Gedanke, der nationalistischen Politikern an der Peripherie leicht den Wind aus den Segeln nahm: die Idee nämlich von der vorgegebenen und in je spezifischem Tempo zu durchlaufenden Stufenleiter der Emanzipation von striktem Kronkolonieregiment über Representative Government und Responsible Government bis hin zu Self-Government im Rahmen des Commonwealth. Jedes Kolonialvolk durfte also die Hoffnung hegen, sich einstmals zur Unabhänggkeit hinaufarbeiten zu können. Eine solche dynamische Kolonialideologie fehlte bei den anderen europäischen Mächten.
- (4) Wie stark war der internationale Druck auf das Britische Empire? Wenn Großbritannien schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts im wirtschaftlichen und machtpolitischen Wettlauf der Großmächte zurückfiel, wie konnte es dann sein Empire ein weiteres Dreivierteljahrhundert lang intakt bewahren? Hier schlägt Kennedy mehrere Antworten vor. Erstens hätten die Diplomaten und militärischen Planer, auf deren Memoranden sich die Historiker hauptsächlich stützen, stets mit "worst case scenarios" gearbeitet, die Schwäche und Verwundbarkeit Großbritanniens und seines Empire also habituell übertrieben. Zweitens seien sich die aktuellen oder potentiellen Gegner Englands niemals untereinander einig gewesen: Zwischen dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg und dem Juni 1940 habe Großbritannien niemals allein gegen zwei oder mehr Großmächte gekämpft. Die Möglichkeit einer internationalen Verschwörung gegen das Empire habe niemals bestanden. Drittens habe das Britische Empire durchaus einige nützliche und anerkannte internationale Funktionen erfüllt: besonders das britische Festhalten am Prinzip des Freihandels sei dritten Nationen zugute gekommen, die innerhalb des Empire relativ unbehindert ihren Geschäften nachgehen konnten. Viertens sei die pragmatische Flexibilität der britischen Kultur der Bewahrung des Empire zugute gekommen: Man sei gegenüber imperialen Rivalen selten aggressiv aufgetreten, habe in vielen Fällen "appeasement" betrieben und sich aus unhaltbaren exponierten Positionen zurückgezogen:

"Even if the British empire was under challenge from the 1880s onwards, it had lots of room for compromise, lots of less-than-vital areas of interest, lots of room for compromise. When, in contrast, its back was right against the wall in 1940, it made no concessions."<sup>2</sup>

Soweit Paul M. Kennedys anregende Argumente. Sie laufen hinaus auf einen Lobpreis der taktischen Geschmeidigkeit und Rafinesse Britischer Empire- und Weltpolitik. Vor allem lenken sie das Augenmerk auf die beträchtliche Beharrungskraft des Britischen Empire.

Auch John Darwin, Historiker am Nuffield College in Oxford, geht auf Distanz zu jenen Autoren, die auf das Ende des Empire vorwiegend emotional reagieren - sei es in nostalgischem Rückblick auf verlorene Größe, sei es mit leidenschaftlicher Zustimmung zum Untergang des "Imperialismus". Darwin sieht die britische Dekolonisation als ein teilweise noch ungelöstes Forschungsproblem. Obwohl unter der 30-Jahr-Regel die meisten der britischen Akten bis in die frühen 1960er Jahre hinein Historikern zugänglich sind (Ausnahmen wären etwa einige der Bestände zu Palästina), sind längst noch nicht alle wichtigen Fragen geklärt: Über die Entscheidungsvorgänge in der britischen Kolonialverwaltung der Spätzeit wissen wir erst wenig, ebenso über den Druck, den ausländische Regierungen (besonders die USA) auf London ausübten, sowie über die Rolle von Wirtschafts-Lobbies. Auch unsere Kenntnisse über die nationalistischen Bewegungen in vielen der früheren Kolonien sind lückenhaft und unzuverlässig.

Nach diesen Hinweisen auf Unzulänglichkeiten und Vorläufigkeiten der historischen Forschung fährt John Darwin fort:

"Even when these gaps in our knowledge are filled up, we will still find the causes of the break-up of the British empire a puzzle. It will not be enough to trace the steps by which dozens of different colonies came to attain full sovereignty. We will need the answers to more difficult questions: why did the British yield independence to so many widely different communities with near simultaneity? Why should colonial nationalisms have been so much more difficult to contain after 1945? What was the influence of new ideologies and political values in the post-war world at home as well as in the colonies? What were the effects of economic weakness on Britain's attitude to its imperial role and on its ability to sustain it? Why did the independence the British granted turn out in most cases to lead to a much more complete separation from the motherland than had been expected? When, indeed, did the empire end?"

Für John Darwin ist das Ende des Britischen Empire also ein Rätsel ("a puzzle"), nicht das Ergebnis klar erkennbarer historischer Muster ("patterns"). Schon in einem Aufsatz aus dem Jahre 1984 hatte Darwin seine Sichtweise ähnlich zusammengefaßt:

"In short, far from there being a planned withdrawal, a considered transformation from empire to commonwealth, what actually occurred from 1945 until the late 1960s was the unpredictable erosion of position after position, foothold after foothold, followed on each occasion by further efforts to hold together the remnants of world power and influence, by one

\_

Kennedy (1983b), S. 216.

<sup>3</sup> Darwin (1991), S. 3.

means or another. Thus, if we search for any logic in the process of Britain's decolonization we may be disappointed."<sup>4</sup>

Der Schlüsselbegriff in diesem Zitat ist "unpredictable erosion". Darwin will damit offenbar sagen, daß es nicht nur späteren Historikern schwerfällt, in der britischen Dekolonisation eine ordentliche "Logik" zu finden. Auch die damaligen historischen Akteure hatten den Dekolonisationsprozeß nicht in der Hand; sie wurden von den Ereignissen überrascht und verhielten sich reaktiv, nicht aktiv. Die britische Dekolonisation wurde also nicht politisch gestaltet, sondern "passierte". Es ist kein Zufall, daß Darwin dies mit der Naturmetapher der "Erosion" zu beschrieben versucht, d. h. eines Vorgangs, der sich menschlichem Zutun weitgehend entzieht.

Diese Ansicht steht in einem gewissen Gegensatz zur Auffassung Paul M. Kennedys, der den britischen Politikern einen etwas größeren Handlungsspielraum zugesteht. Darwins "Zufalls-These", wie ich sie vielleicht nennen darf, wendet sich implizit aber vor allem gegen zwei ansonsten extrem weit voneinander entfernte Denkweisen: zum einen die "liberal-imperialistische" Sicht, derzufolge die Dekolonisation das Ergebnis einer kühl kalkulierten Strategie der britischen Politik gewesen sei, zum anderen die marxistische Auffassung, die hinter dem Rückzug der Kolonialmächte und der Entstehung unabhängiger Staaten überpersönliche, sich nahezu automatisch durchsetzende ökonomische Kräfte am Werke sieht.

John Darwin trifft eine weitere Unterscheidung, die ich ähnlich bereits am Beginn der ersten Kurseinheit angedeutet habe. Er fragt nämlich nicht nur danach, wann denn eigentlich das Empire verschwunden sei. Er fragt auch: Welches Empire ist untergegangen? Damit bezieht er sich auf die Unterscheidung zwischen (a) dem formellen Kolonialreich im engeren Sinne und (b) dem "British world-system" ("an imperial system pivoted on British military and economic power")<sup>5</sup>, das neben den Kolonien auch Einflußsphären, Zonen "informeller" Kontrolle, Bereiche wirtschaftlicher Übermacht und kultureller Hegemonie umfaßte.

Je nachdem, welchen Empire-Begriff man zugrunde legt, sind unterschiedliche Definitionen von "Dekolonisation" erforderlich. Der Begriff stammt übrigens erst aus dem Jahre 1932 und wurde von Moritz Julius Bonn, einem aus Deutschland nach Großbritannien emigrierten Soziologen, zuerst verwendet. Am einfachsten ist selbstverständlich die Dekolonisation im *engeren* Sinne zu definieren. Dann ist das Bestimmungskriterium ziemlich eindeutig: der Übergang zur politischen Souveränität. So ließe sich etwa sagen:

"Decolonization may be defined in a restricted sense as the process by which the Asians and Africans gained self-government and independence from their colonial rulers."

#### Noch schlichter:

"[...] the process by which the peoples of the Third World gained their independence from their colonial rulers."

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Darwin (1984), S. 206.

Darwin (1991), S. 4.

<sup>6</sup> Gardinier (1982), S. 515.

<sup>7</sup> Chamberlain (1985), S. 1.

Die beiden Definitionen sind im Kern nahezu identisch, unterscheiden sich aber in ihrer geographischen Erstreckung: "Third World" in Muriel Chamberlains Version ist ein ungenauer Begriff, der heute immer weniger verwendet wird; doch schließt er immerhin die amerikanischen "West Indies" ein, die David E. Gardinier vergessen hat. Gemeinsam ist beiden das Wort "to gain", also "gewinnen" oder auch "sich verdienen". Es ist der Versuch eines Kompromisses zwischen dem "Gewähren" der Unabhängigkeit durch die Kolonialmächte und ihrem "Erkämpfen" durch die kolonisierten Völker. In jedem Fall ist das Ergebnis, jedenfalls an der Oberfläche, dasselbe: der Wechsel im zentralen Ort politischer Herrschaft - an die Stelle eines fremden Gouverneurs tritt ein einheimischer Präsident; der neue Staat kann Hound wird international anerkannt. heitsrechte ausüben Das "Unabhängigkeit" gemeint.

Viel schwieriger wird die Defintion von "Dekolonisation", wenn man von einem weiten Begriff von Empire und "imperial system" ausgeht. John Darwin, der dies tut, gelangt zu seiner eigenen Definition auf dem Wege über eine Kritik des üblichen engen Begriffsverständnisses, das "the crude yardstick of a change in constitutional forms" zugrunde lege. Zum einen habe es dann seit der amerikanischen Unabhängigkeit ständig Dekolonisation im Empire gegeben:

"If the concession of independence or internal self-government was symptomatic of decolonising then Britain was decolonising more rapidly between 1783 and 1914 than she was colonising." 9

Darwin denkt dabei selbstverständlich an die Entwicklung in den weißen Siedlungskolonien. Zum anderen sei aus der Sicht der Metropole die britische Sonderrolle in den wertvolleren "informell" kontrollierten Gebieten mindestens ebenso wichtig gewesen wie andernorts formelle Kolonialherrschaft:

"Here were client states whose non-colonial status was purely technical. The British regarded their position and influence in these client states as of no less importance than their 'legitimate authority' in the constitutionally subordinate colonial territories. Egypt or Shanghai were scarcely to be counted less valuable than the Gambia, Nigeria or Uganda."<sup>10</sup>

Eine Analyse der Dekolonisation müsse auch den Wandel der britischen Beziehungen zu solchen Regionen erfassen, für welche das Kriterium der Staatsbildung und verfassungspolitischen Selbständigkeit nicht gelte. Auf diesem Wege gelangt John Darwin nun zu seinem eigenen Definitionsversuch:

"Decolonisation was a subtle, intricate and deceptive process. External alterations concealed inner continuities. The substance of the colonial relationship may have been unchanged by the concession of autonomy or independence. If decolonisation is to mean more than a superficial modification of constitutional status, it must refer to wider changes in the relations between the developed and less developed states - even if it is in the territorial possessions of the colonial powers that these changes can usually be seen most distinctly.

Decolonisation is best understood, perhaps, as a partial retraction, redeployment and redistribution of British and European influences in the re-

\_

<sup>8</sup> Darwin (1988), S. 7.

<sup>9</sup> Darwin (1988), S. 6.

<sup>10</sup> Darwin (1988), S. 7.

gions of the extra-European world whose economic, political and cultural life had previously seemed destined to flow into Western moulds." <sup>11</sup>

Darwin dehnt also den Einzugsbereich seines Kolonisationsbegriffs von kolonialer Herrschaft auf "Einfluß" aus. Sein zentrales Konzept ist das einer regionalen "Umverteilung" von Machtressourcen als Antwort auf externen Druck. Übrigens werden Sie gemerkt haben, daß er seine frühere "Zufalls-Theorie" etwas einschränkt, denn "redeployment" verlangt durchaus einen aktiven Einsatz politischen Kalküls.

Ich werde in dieser Kurseinheit hauptsächlich, wenngleich nicht ausschließlich einem solchen weiten Begriff von Dekolonisation folgen.

#### 1.2. Erklärungsmuster

Es ist nun an der Zeit, Ordnung in dieses unübersichtliche Feld zu bringen. Im folgenden Abschnitt schlagen wird deshalb eine Typologie von Erklärungsmustern zur (britischen) Dekolonisation vor. Eine komplexe Gesamterklärung wird mehrere, wenn nicht sogar alle dieser Erklärungsmuster berücksichtigen müssen. Es käme dabei auf ihre Kombination und Gewichtung untereinander und auf die Anwendung in Bezug auf den spezifischen historischen Fall an.

Ich unterscheide fünf solcher Erklärungmodelle und versuche in jedem Fall, eine "idealtypisch" deutliche Formulierung der Hauptargumente zu geben. In der Regel werden die Aussagen jeweils aus einer größeren Zahl von Autoren zusammengestellt.<sup>12</sup>

## a) Das liberal-imperialistische Modell

England sei stets für eine liberal-demokratische politische Kultur eingetreten und habe überall repräsentative Institutionen im Rahmen des Möglichen gefördert. Nach dem Fiasko der amerikanischen Unabhängigkeit von 1776/1783 habe die britische Politik generell eine Linie der möglichst minimalen Einmischung in koloniale Angelegenheiten verfolgt. Sobald die Reife der politischen Zustände dies erlaube, habe man der möglichst großen Selbstbestimmung der Kolonialbevölkerung Raum gegeben, zunächst in Kanada, dann in den anderen "colonies of white settlebis hin zur Kapkolonie. Im frühen 20. Jahrhundert sei dieser Liberalisierungsprozeß auch in Indien in Gang gesetzt worden, in der Zwischenkriegszeit in der Karibik und in den 1950er Jahren in Afrika. Britische Kolonialherrschaft habe stets auf die Aufklärung, Erziehung, christliche Missionierung und materielle Besserstellung farbiger Völker abgezielt. Zu dieser Zivilisierungsaufgabe gehöre auch das allmähliche Vorbereiten auf politische Selbstbestimmung. Die farbigen Völker sollten letzten Endes dem Vorbild von Kanada, Australien und Neuseeland folgen. Zwar hätten 1945 äußere Umstände in gewissem Maße das Tempo der Dekolonisation beeinflußt. Diese sei jedoch der britischen Politik nicht aufgezwungen worden. Man habe Asiaten und Afrikaner mehr oder weniger nach dem Gutdünken einer aufgeklärt-patriarchalischen Kolonialmacht in die Unabhängig-

-

Darwin (1988), S. 7. Hervorhebung von mir, J. O.

In der Literatur ist eine solche Typologie bisher noch nicht entwickelt worden. Ansätze finden sich bei Darwin (1991), S. 5-7; Porter / Stockwell (1987/89), Bd. 1, S. 4-7; Osterhammel (1992). Die allgemeine imperialismustheoretische Literatur hat sich mit Dekolonisation bisher wenig beschäftigt.

keit entlassen, ihnen die Macht übertragen. Der vergleichsweise wenig gewaltsame Verlauf der Dekolonisation im Britischen Empire habe die Weisheit einer solchen, in den meisten Fällen geschickt realisierten weitsichtigen Politik bestätigt. Im Rückblick könnten die Briten sowohl mit ihrer Leistung als Kolonialherren wie auch mit em Erfolg der Entkolonialisierung zufrieden sein.

#### b) Das emanzipatorisch-nationalistische Modell

Der europäische Kolonialismus sei von Anfang an eine auf Gewalt gegründete illegitime Fremdherrschaft zum Nutzen der Metropolen gewesen. Großbritannien habe nicht weniger hartnäckig an seinem Kolonialreich festgehalten als die übrigen Mächte. Die kolonialen Völker seien jedoch im 20. Jahrhundert aus ihrer Lethargie, in die sie ihre Niederlagen gegen die europäischen Eroberer versetzt hätten, erwacht und hätten sich zum Widerstand gegen den Kolonialismus organisiert. Nicht nur die Erfahrungen von Rechtlosigkeit und wirtschaftlichem Elend hätten sie dazu gebracht, sondern auch ein wachsendes, quasi-nationalistisches Bewußtsein von ihren eigenen gemeinsamen Wurzeln. Wichtig sei auch die Einsicht in den Widerspruch gewesen, der zwischen der hochtönenden Propaganda der Kolonisatoren und ihrer Praxis bestanden habe. Schon der Erste Weltkrieg habe die Barbarei des angeblich zivilisatorisch so "hochstehenden" Europa entlarvt. Die Befreiung vom kolonialen Joch sei in letzter Instanz entweder unmittelbaren Befreiungsbewegungen zu verdanken oder - im Britischen Empire viel charakteristischer - einer Reihe von erfolgreichen Versuchen, die Kolonien unregierbar bzw. nur mit außerhohen Kosten beherrschbar zu machen. etwa Kooperationsbewegungen, Massenstreiks, usw. Die Kolonialmacht sei nicht freiwillig gegangen, sondern hinausgeworfen worden.

### c) Das Neokolonialismus-Modell

Die Kolonialmacht sei nicht von nationalistischen Massenbewegungen vertrieben worden, sondern habe durchaus die Bedingungen ihres Rückzugs selbst bestimmt. Die hohen Ideale von Erziehung zur Demokratie, Fortschritt unter dem kolonialen System, usw. seien jedoch pure Heuchelei und Propaganda und hätten als die wahren Motive des Rückzugs keine Rolle gespielt. Der Kolonialismus habe sich vielmehr wirtschaftlich überlebt. Spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Weltwirtschaft unter amerikanischer Ägide freihändlerisch umstrukturiert worden sei, hätte sich formelle Kolonialherrschaft als ineffizient und zu teuer erwiesen. Das Ziel, die Länder der "Peripherie" als Rohstofflieferanten und Absatzmärkte für Industrieerzeugnisse zu nutzen, hätte sich mindestens ebensogut ohne ihre offizielle Beherrschung durchsetzen lassen. Man habe in vielen Ex-Kolonien dafür gesorgt, daß die Macht in die Hände solcher einheimischer Gruppen überging, die den ausländischen Wirtschaftsinteressen positiv gesinnt waren und ein vorteilhaftes Investitionsklima sicherstellten. Doch selbst widerspenstige, sich nach außen hin nationalistisch gebende Regierungen in den jungen Dritte-Welt-Staaten hätten sich de facto der überragenden Macht multinationaler Konzerne (etwa der Ölgesellschaften) fügen müssen. Dekolonisation habe also nichts weiter als die Informalisierung und Rationalisierung wirtschaftlicher Abhängigkeitsverhältnisse bedeutet. Die grundsätzliche ökonomische und politische Asymmetrie im Weltsystem sei dadurch ebensowenig in Frage gestellt worden wie die weltweite kulturelle Vorherrschaft des Westens (besonders des anglophonen).

#### d) Das Entlastungs-Modell

Weder von souverän und überlegt getroffenen Entscheidungen zum Rückzug aus einem mündig werdenden Kolonialreich könne die Rede sein noch von entscheidenden Erfolgen der Befreiungsbewegungen. Auch sei Großbritannien nach 1945 wirtschaftlich nicht stark genug gewesen, um die ehemaligen Kolonialgebiete "informell" zu durchdringen (vielmehr hätten die ökonomisch potenten USA vielfach die britische Rolle als regional ausschlaggebender Wirtschaftsfaktor übernommen). Man habe das Empire schrittweise aufgegeben, weil es wirtschaftlich nicht mehr haltbar gewesen sei. Die Erschöpfung der britischen Volkswirtschaft durch den Zweiten Weltkrieg, die daraus resultierende Schwächung der britischen Währung und sinkende Bedeutung Londons als internationales Finanzzentrum, schließlich der schrumpfende britische Anteil am Welthandel - all dies habe die wirtschaftlichen Grundlagen zur Aufrechterhaltung eines über weite Strecken unrentablen Kolonialreichs und vor allem zur informellen Vorherrschaft in großräumigen Einflußsphären unterminiert. Mochte das Empire sich unter dem Strich in der Zwischenkriegszeit noch "gelohnt" haben (exakte Berechnungen waren den Zeitgenossen natürlich nicht möglich, und auch die Historiker müssen hier weitgehend spekulieren), so lasse sich dies für die Zeit nach dem Krieg nicht mehr sagen. Das Empire war zu einer Last geworden. Dekolonisation bedeutete Ent-Lastung. -Hinzu kommt, daß der Wille der britischen Öffentlichkeit zum Empire erlahmte. Mit der Wahl einer Labour-Regierung setzten die britischen Wähler ein deutliches Zeichen, daß sie die immer noch beträchtlichen Ressourcen eines der nach wie vor reichsten Länder der Welt nicht länger in ferne Kolonien, sondern in den Aufbau eines Wohlfahrtsstaates daheim investiert sehen wollte. Beides zusammen - Empire und Wohlfahrtsstaat - war aber nach 1945 wirtschaftlich nicht zu verkraften. Auch die 1951 wieder zur Macht gelangenden Konservativen blieben der einmal gefällten Entscheidung treu und setzten den Rückzug vom Empire fort. Kurzum: Das britische Empire fiel weniger dem Aufruhr seiner Untertanen als der Gleichgültigkeit seiner Herren zum Opfer.

#### e) Das internationale Modell

Der entscheidende Faktor sei auf internationaler Ebene zu suchen, und zwar mindestens ebenso stark im Bereich der Weltpolitik wie in dem der Weltwirtschaft. Schon im 2. Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts waren ideologisch anti-kolonial ausgerichtete Großmächte auf den Plan getreten, nämlich die USA unter Präsident Woodrow Wilson und die Sowjetunion. Beide vertraten (was immer sie jeweils darunter verstanden) das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Der selbstverordnete amerikanische Isolationismus und der eingeschränkte Handlungsspielraum der UdSSR nahmen jedoch in den 1920er und 1930er Jahren den Druck von den europäischen Kolonialreichen. Der Zweite Weltkrieg habe dann jedoch eine Welt von sechs oder sieben Großmächten in eine "bipolare" verwandelt, die von zwei "Supermächten" geprägt, wenn nicht sogar beherrscht worden sei. In einer solchen internationalen Struktur sei kein Platz mehr gewesen für ein nunmehr zur Mittelmacht abgestiegenes Land, das sich an die Überreste internationaler Verhältnisse einer vergangenen Epoche klammere. Dies sei der britischen Diplomatie in den ersten zehn Jahren nach Kriegsende noch nicht hinreichend bewußt geworden. Erst die Suez-Krise von 1956, als die USA und die Sowjetunion die altmodisch-rücksichtslose Kanonenbootdiplomatie Englands und Frankreichs durchkreuzten, habe die tatsächlichen internationalen Machtverhältnisse mit größtmöglicher Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Der Suez-Krise kommt daher in diesem Erklärungsmodell eine Schlüsselstellung zu, die sie in den anderen Modellen nicht besitzt.

Keines dieser Erklärungsmodelle - ich sagte es schon - ist "richtig". Jedes ließe sich durch Fälle, auf die es eindeutig nicht zutrifft, in Frage stellen. Ein "Modell" ist aber ohnehin keine Aussage über Sachverhalte, die sich unmittelbar "falsifizieren" ließen. Es ist ein gedankliches Hilfsmittel, das Zusammenhänge mit größtmöglicher logischer Konsistenz hypothetisch aufzeigt. Bei der Analyse bestimmter historischer Erscheinungen hilft uns das "Repertoire" an möglichen Sichtweisen, das die Erklärungsmodelle darstellen. Sie zeigen Alternativen auf, die von Fall zu Fall aktualisiert und angewendet werden können.

Für jedes der fünf Modelle lassen sich im Einzelfall Belege finden. Besser vielleicht: Es ließe sich angeben, welches der Modelle in einem bestimmten Fall die *relativ* größte Plausibilität besitzt. So träfe (a) weitgehend auf Ceylon / Sri Lanka und die kleinsten der Kolonien (etwa in der Karibik) zu, (b) auf Aden und Zypern, (c) auf den Irak, (d) auf Indien oder China, (e) auf Ägypten oder Malaya. Ich werde in den folgenden Kapiteln eher implizit, d. h. ohne sie allzu oft ausdrücklich zu erwähnen, mit den Modellen spielen, sie vor allem kombinieren. Eine Ihrer Aufgaben beim Lesen und Durcharbeiten sollte es sein, darauf besonders zu achten.

# 2. Rekapitulation: Der Zweite Weltkrieg

Der Zweite Weltkrieg ist von solch außerordentlicher Bedeutung für das Verständnis der auf ihn folgenden Dekolonisationsepoche, daß wir, an Kapitel 5 der vorausgehenden Kurseinheit anschließend, an dieser Stelle noch einmal resümierend auf ihn eingehen.

Der Great War (wie es in England heute noch heißt) von 1914 bis 1918 war in dem Sinn ein Weltkrieg gewesen, daß sämtliche Großmächte an ihm beteiligt waren. Der Hauptkriegsschauplatz lag jedoch auf dem europäischen Kontinent. Dies war im Zweiten Weltkrieg anders. Der Krieg begann, wie man mit guten Gründen behaupten darf, in Asien: mit dem japanischen Überfall auf das chinesische Kernland am 7. Juli 1937. Seit Dezember 1941 war er ein globaler Krieg, der ebenso in Europa wie in Nordafrika und im Fernen Osten ausgetragen wurde. Der Krieg im Fernen Osten war dabei für das Britische Empire ebenso wichtig wie die Ereignisse in Europa. Nicht Deutschland, sondern Japan war der unmittelbare Angreifer der britischen Kolonien. Innerhalb weniger Monate nach Pearl Harbor brachte es sämtliche britischen Territorien in Ost- und Südostasien unter seine Kontrolle. Japan trat dabei programmatisch als Befreier Asiens vom europäischen Joch auf. Die japanische Besatzungsherrschaft, die an Brutalität in der Regel das Regime der Europäer weit übertraf, machte jedoch all jene Ansätze von panasiatischer Unterstützung zunichte, die der Armee des Tenno zunächst da und dort entgegengebracht wurde. Japan bot keine Alternative eines freundlicheren Kolonialismus.

Japan zerstörte die Grundlagen des britischen Kolonialismus in Asien, wenn es ihn auch nicht sofort beseitigte. Wir sahen, wie es den Briten gelang, trotz der anti-kolonialen Rhetorik der USA, ihre Position im östlichen Asien, besonders in Hongkong, Malaya und Singapore wiederherzustellen. Ihre Kontrolle über diese Gebiete war indes prekärer als zuvor, und nach der Unabhängigkeit Indiens 1947 war ihre Emanzipation nurmehr eine Frage der Zeit. (Hongkong wurde durch die kommunistische Revolution in China im Jahre 1949 einstweilen für das Empire "gerettet".)

Paradoxerweise sah der Weltkrieg noch einmal eine gigantische solidarische Kraftanstrengung des Empire. Der bemerkenswerte Beitrag der Dominions zu den allierten Kriegsanstrengungen war nunmehr völlig freiwillig. Er ging auf keine imperiale Mobilisierung zurück, sondern resultierte aus der Einsicht der politischen Führungen in diesen Ländern in die Identität ihrer eigenen Interessen mit denen der Alliierten. Kulturelle und ethnisch-familiäre Bindungen traten hinzu.

Aber auch die nicht-weißen Kolonien trugen bedeutend zur britischen Kriegsleistung bei. Sofort nach Kriegsausbruch setzte eine private Spendenaktion ein, an der sich nicht nur britische Kaufleute und Siedler, sondern auch afrikanische Häuptlinge und indische Fürsten beteiligten. Die Produktion von Nahrungsmitteln (Zucker, Kakao, u. a.) und industriell-kriegswirtschaftlichen Rohstoffen in Afrika, den West Indies (Erdöl aus Trinidad!) und Indien wurde um so wichtiger, je weiter der Krieg voranschritt. Nachdem Malaya als Kautschukproduzent ausgefallen war, wurde die Gewinnung in Thailand enorm gesteigert. Vor allem die indische Industrie expandierte enorm, um riesige Mengen an Munition, Stahl, Chemieerzeugnissen, Zelten, Schuhen, usw. zu produzieren. In Afrika wurden in großem Stil Arbeitskräfte zwangsverpflichtet. Die reicheren Kolonien, etwa Nordrhodesien, trugen finanziell durch reguläre Kredite, Postsparguthaben, Kriegsanleihen, usw. zur Finanzierung des Krieges bei. Am Ende des Krieges war das Mutterland bei seinen Kolonien hoch verschuldet.

Die Kolonialmacht steuerte einen gefährlichen Mittelkurs. Einerseits griff sie auf Zwangsmittel zurück, um den Beitrag der Kolonien zu sichern, andererseits mußte sie die sozialen Folgen des Krieges (vor allem auch die Inflation) abdämpfen und allzu energische Proteste vermeiden. Dies gelang vor allem in Westafrika, wo um fast jeden Preis die kontinuierliche Versorgung der Kriegswirtschaft mit pflanzlichen Ölen und Fetten sichergestellt werden mußte. In Indien unterdrückte der Raj 1942 die - freilich primär politisch motivierte - Protestbewegung des Indischen Nationalkongresses mit harter Hand.

Am wichtigsten waren vermutlich die Veränderungen, die der Krieg unterhalb der Ebene der großen Ereignisse mit sich brachte: eine beispiellose Ausdehnung der Staatstätigkeit, die nun auch in größerer Zahl Einheimischen die Gelegenheit gab, Erfahrung in der Verwaltung zu sammeln; ein schnelles Wachstum der Städte und der städtischen Beschäftigungsmöglichkeiten; die Bekanntschaft mit der äußeren Welt durch Militärdienst - im Mai 1945 dienten 374.000 Afrikaner in den britischen Streitkräften<sup>13</sup> - und technische Ausbildung; eine zunehmende Politisierung breiterer Bevölkerungsschichten.

Gleichzeitig mit der intensivierten Mobilisierung der Ressourcen des Reiches verstärkten die Briten ihre Propagandaanstrengungen, um das Image des Empire-Commonwealth zu verbesern. Das Zwischenkriegskonzept der "trusteeship" (Treuhandschaft), das in der Theorie Lord Lugards und in der Begründung des Mandatssystems durch den Völkerbund eine solch wichtige Rolle gespielt hatte, wurde durch das der "partnership" (Partnerschaft) ersetzt. Der Krieg war eine Zeit des großen Pläneschmiedens, und so sollte auch der Gedanke des "partnership" in praktisch umsetzbare "blueprints" verwandelt werden. Es fehlten aber dafür klare Leitlinien seitens des Kabinetts oder des Kolonialministers. So blieb die politische Planung für die Nachkriegszeit weithin eine Sache der Verwaltung, nicht der übergeordneten Politik. Der einfache Grundgedanke dahinter war dieser: Die Kolonien sollten auf ihre spätere Selbstregierung vorbereitet werden. Dazu bedurfte es erst aber einer gewissen wirtschaftlichen Entwicklung. Diese wiederum verlangte als ihre Voraussetzung einen Ausbau der kolonialen Administration. 14 So führte in dieser Logik das proklamierte Ziel der Unabhängigkeit der Kolonien kurzfristig erst einmal nicht zum Abbau des kolonialen Staates, sondern zu seiner weiteren Expansion.

Ein Neuansatz der Kriegsjahre war Colonial Development: ein Historiker hat dies "die Grundlegung moderner Entwicklungspolitik" genannt. <sup>15</sup> Pläne zur wirtschaftlichen Förderung der Kolonien nahmen im Krieg konkretere Gestalt an als Vorstellungen über deren politische Zukunft. Wirtschaftlicher Aufbau, ich sagte es schon, wurde als Voraussetzung für politischen Fortschritt gesehen. Schon 1929 hatte es ein koloniales Entwicklungsgesetz gegeben, das hauptsächlich als ein Beitrag zur Gesundung der britischen Wirtschaft gedacht war und in der Praxis nahezu bedeutungslos blieb. Ernsthafter war der 1940 beschlossene Colonial Development and Welfare Act. Er verlangte von den kolonialen Regierungen, dem Kolonialministerium in London detaillierte Pläne für den wirtschaftlichen Aufbau vorzulegen. Dahinter stand die Idee, die wirtschaftliche Entwicklung in den Kolonialbevölkerung selbst zugute kommen. Damit war ein erweiterter Entwicklungsbegriff verbunden:

<sup>13</sup> Pearce (1982), S. 22.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Porter / Stockwell (1987/89), Bd. 1, S. 32.

Sieberg (1985). Ich stütze mich im folgenden auf dieses ausführliche Buch.

Auch das Sozialwesen wurde jetzt als förderungswürdig anerkannt, und erstmals wurde das Problem der Verschuldung Gegenstand offizieller Überlegungen. Das Gesetz war noch vor Ausbruch des Weltkrieges formuliert worden, war also keine Reaktion auf die neu entstandenen Ausnahmebedingungen. Während des Krieges wurde es in Übersee nur in geringem Maße in die Realität umgesetzt. Die im Gesetz vorgesehene Finanzhilfe Londons für den wirtschaftlichen Aufbau in den Kolonien kam nur spurenweise zustande. Gleichzeitig machte aber die Planungsarbeit im Londoner Kolonialministerium große Fortschritte: "Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs setzt im britischen Bereich eine intensive koloniale Entwicklungsplanung ein, welche für kommende Jahrzehnte die Richtung bestimmt. Besonders als 1943 ein siegreiches Ende des Krieges absehbar wurde, gewannen diese Planungen an praktischem Gewicht. Doch darf nicht vergessen werden, daß die durchaus aufgeschlossenen und wohlmeinenden Beamten des Kolonialministeriums immer wieder vor allem von ihren mächtigen Kollegen im Finanzministerium an die harten Realitäten erinnert werden mußten.

Ich zitiere abschließend das zusammenfassende Urteil eines der besten Kenner der Materie, der zudem auf das bisher noch nicht angesprochene Problem der kolonialen Industrialisierung eingeht:

"In den ausgehenden Dreißigerjahren benutzte London die Entwicklungspolitik als Mittel, um sozialen Unruhen im Kolonialreich zu begegnen, um den US-amerikanischen Antikolonialismus zu besänftigen und um sich vor der Weltöffentlichkeit gegen nationalsozialistische Kolonialforderungen, die ganz unverblümt ausbeuterische Methoden propagierten, abzugrenzen. [...] Obwohl im Zweiten Weltkrieg die Aufbauarbeit im britischen Kolonialreich fast völlig ruhte, ging die verwaltungsinterne Entwicklungsdiskussion ungebrochen weiter. Dabei wurden bedeutende Fortschritte erzielt, namentlich auf der Planungsebene. Nach Kriegsende knüpfte London die Vergabe von Entwicklungshilfe an die Auflage, daß die Kolonien eigene Entwicklungspläne vorlegten. [...]

Der Zweite Weltkrieg erzwang geradezu eine entwicklungspolitische Vorwärtsstrategie, denn die geschwächten europäischen Kolonialmächte mußten um ihre Herrschaftsposition bangen. Ein Umdenken erfolgte nicht zuletzt in der Industrialisierungsfrage. Bisher hatte London das Thema 'koloniale Industrialisierung' im wesentlichen unter Konkurrenzgesichtspunkten gesehen. Ein Verbot, das London gern unterstellt wird, hat es aber nie gegeben. Doch verweigerte die britische Regierung zumeist jede Art von staatlicher Industrieförderung, was in der Wirkung vielfach einem Verbot gleichkam. [...] Im Zweiten Weltkrieg gelangte die britische Regierung zu der Überzeugung, daß die fortschreitende Industrialisierung in Übersee nicht aufzuhalten und für Großbritannien sogar vorteilhaft sei: Durch Industralisierung würde die koloniale Kaufkraft steigen, was sich günstig auf das britische Exportgeschäft auswirke."

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Sieberg (1985), S. 236-238.

<sup>17</sup> Sieberg (1985), S. 224.

<sup>18</sup> Sieberg (1985), S. 653-654.